

Beamte sollen in die Rentenversicherung einbezahlen

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 20. Mai 2025 01:00

Zitat von plattyplus

Wie kommst Du auf die Idee, dass die Rentenversicherung solidarisch ist? Sie ist es nicht! Jeder erwirbt durch seine Beiträge einen individuellen Rentenanspruch. Dieser Anspruch ist allerdings ebenso gekappt wie auch zuvor die Beiträge gekappt sind. Der Gesetzgeber geht einfach davon aus, dass eine gewisse Maximalrente auf jeden Fall für den Lebensabend ausreicht. Würde man die Kappungsgrenze ersatzlos streichen, würden mit den Rentenbeiträgen natürlich auch die späteren Rentenansprüche ebenfalls ansteigen. Mit „breiten Schultern“, die dann die Minirenten subventionieren, hat das nichts zutun.

Wenn Du Altersarmut bekämpfen willst, musst Du an die Arbeitsverhältnisse ran. Ich würde z.B. empfehlen die sozialversicherungsfreien Mini-Jobs ersatzlos zu streichen, weil sie den Beschäftigten eine Sicherheit vortäuschen. Auch müsste die Teilzeitquote runter. Da könnte man erst einmal mit Aufklärungskampagnen anfangen, wie damals, als HIV im Werbefernsehen lief „Kondome schützen“, und wenn das nicht hilft, kann man sich gerne an der DDR ein Vorbild nehmen. Warum ist denn Altersarmut vorwiegend weiblich und westdeutsch?

Meine Frau, sozialisiert in der DDR, sagt immer: „Die Hausfrau gab es bei uns nicht. Die waren einfach (selbst verschuldet) arbeitslos.“

Im zweiten Teil deiner Aussage bin ich mit dir d'accord. Im ersten Teil nicht. Die Rentenversicherung ist ein Solidarpakt, bei dem zwar Rentenansprüche erworben werden - man jedoch nicht für seine spätere Rente "anspart". Stirbt man früher, gibt's nix für die Erben. Lebt man länger als versicherungsmathematisch gedacht, hat man in der Summe mehr. Eine Kappungsgrenze für eine maximal erreichbare Rente ließe sich sicherlich auch bei höheren Beitragszahlungen rechtssicher entwickeln. Der Steuersatz steigt ja ebenfalls nicht exakt proportional zum Einkommen, sondern dynamisch.